



Aktionsbündnis Urkantone

Für eine vernünftige Corona-Politik

info@ur-kantone.ch

www.ur-kantone.ch

07.06.2021 Medienmitteilung

Parteiliche und falsche Berichterstattung des Boten der Urschweiz über die Pro-Contra-Diskussion zwischen Ständerat Othmar Reichmuth und Josef Ender vom Aktionsbündnis Urkantone

Der Bote der Urschweiz hat über die einzige in den Urkantonen stattgefundene kontradiktorische Diskussion über das Covid-19-Gesetz am 3. Juni 2021 tendenziös und teilweise falsch berichtet. Von Josef Ender, dem Vertreter der Contra-Seite, wird in dem Bericht pauschal behauptet, er hätte die «verbreiteten Daten, Zahlen, Angaben und Meldungen der Behörden» angezweifelt. Das ist falsch. Ender hat mehrfach die seiner Ansicht nach vertrauenswürdigen Statistiken des BAG zitiert und die damit im Widerspruch stehenden falschen Berichte der Medien und die nicht auf Fakten basierenden Massnahmen der kantonalen Schwyzer Behörden kritisiert.

Besonders deutlich wird die Einseitigkeit und Parteilichkeit des Artikels beim Thema Finanzhilfe. Die Aussagen von Ständerat Reichmuth, ein neues Gesetz würde viel zu lange, nämlich bis 2023, dauern, werden ausführlich ausgebreitet. Das vernichtende Gegenargument von Ender, als Frage formuliert – «Wie lange hat das Covid-19-Gesetz gedauert?» – wird dagegen zur Gänze verschwiegen. Drei Monate hatte das Gesetz gedauert, es wurde in nur einer Session beschlossen.

Auch wenn sich aus dem Publikum leider keine Befürworter des Covid-Gesetzes zu Wort meldeten, war die Podiumsdiskussion eine hochinteressante und spannende Kontroverse mit sehr vielen sachlichen Argumenten von Seiten Josef Enders. Der Bote-Artikel erweckt dagegen den Eindruck, Ender und das Publikum wären verbohrt und uneinsichtige Realitätsverweigerer («Man glaubt, allein die Wahrheit zu kennen.»). Der Artikel macht Stimmung gegen die Kritiker des Covid-Gesetzes, anstatt Pro- und Contra-Argumente und einen wahrheitsgetreuen Bericht von der Diskussion wiederzugeben. Der Artikel vermittelt dem Leser einen negativen und damit ganz anderen Eindruck von der Veranstaltung, als es ein Besucher wahrnehmen konnte. Das ist Journalismus der übelsten Sorte und das Gegenteil von neutraler und ausgewogener Berichterstattung.

Die gesamte Podiumsdiskussion kann anhand der Videoaufzeichnung angesehen und unsere Aussagen können dort alle nachgeprüft werden, hier ist der Livestream:

<https://cwl-live.ch/covid-19-gesetz-pro-contra-diskussion/>

Das Aktionsbündnis Urkantone fordert vom Boten der Urschweiz eine angemessene Richtigstellung. Ansonsten behalten wir uns eine Beschwerde beim Schweizer Presserat vor.

Für das Aktionsbündnis Urkantone:

Siegfried Hettegger

Anhang: Medienspiegel: [«Ein Saal voller Misstrauen und Ärger»](#), Bote der Urschweiz, 5. Juni 2021.

Ein Saal voll Misstrauen und Ärger

Podiumsgespräch zum nationalen Covid-19-Gesetz mit Othmar Reichmuth und Josef Ender.

Josias Clavadetscher

Zu überzeugen gab es an diesem Abend nichts. Alle Anwesenden hatten offensichtlich ihre Meinung längst gemacht und applaudierten immer dann, wenn sie sich in ihrer coronakritischen Haltung bestätigt sahen. Mitte-Ständerat Othmar Reichmuth als Befürworter des nationalen Covid-19-Gesetzes, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt, stand da auf verlorenem Posten. Immerhin wurde ihm zugutegehalten, dass er zu diesem Podium angetreten ist. Man habe mehrere Politiker angefragt, keiner ausser Reichmuth habe zugesagt.

Organisiert worden ist der Abend durch das «Regionalkomitee Urkantone». Führender Kopf ist Josef Ender aus Ibach. Für ihn war das Podiumsgespräch damit ein Heimspiel. Auf eine Frage ganz am Schluss, ob er eventuell eine politische Karriere anvisiere, gab er keine Antwort.

Ender: «Das ist ein Apartheidsystem»

Neue Argumente sind an diesem Abend keine aufgetaucht. Es wurden in Serie die bekannten Vorwürfe vorgetragen. Josef Ender vertrat die Meinung, dass «der Lockdown ohne Angabe von Gründen» verfügt worden sei. Man entziehe dem Volk seine Grundrechte, diskriminiere alle, die sich nicht impfen wollen oder können und führe mit dem Gesetz eine «totale Überwachung ein». Ender erhob mehrmals den Vorwurf, es werde ein Apartheidsystem eingeführt. Man verbreite Panik und Angst, und der effektive Schaden werde durch die Massnahmen verursacht und nicht durch das Virus. Die verbreiteten Daten, Zahlen, Angaben und Meldungen der Behörden und Spitäler wurden



Kleines Podium, aber grosse Vorwürfe: Josef Ender (rechts), Gesprächsleiterin Flurina Valsecchi, Ständerat Othmar Reichmuth.
Bild: Josias Clavadetscher

angezweifelt, Bilder als «fake» beurteilt. Und bei allem seien die Medien parteiisch und übten Zensur aus.

Ständerat Reichmuth bezeichnete den Vorwurf, die Behörden würden diktatorisch handeln, als völlig absurd. Das Covid-19-Gesetz sei wie ein jedes Gesetz demokratisch erarbeitet worden. Alle Massnahmen seien gesetzlich abgesichert gewesen. Der Kritik hielt er entgegen, dass man im Nachhinein immer schlauer sei. Aber der Bundesrat habe angesichts der Bedrohung handeln müssen, weil man möglichst geringe Risiken für die Bevölkerung habe eingehen wollen. Und wenn jetzt das Gesetz abgelehnt werde, dann sei im September Schluss mit der finanziellen Unterstützung.

Reichmuth: «Nationalrat Schwander erzählt Quatsch»

Ender dagegen vertrat die Meinung, dass nach einem Nein zum Covid-19-

Gesetz schon im nächsten Herbst eine bessere Vorlage zur Verfügung stehe, um die Finanzhilfen für die Wirtschaft absichern zu können. Dies verlange bereits auch eine Motion von SVP-Nationalrat Pirmin Schwander. Ständerat Othmar Reichmuth hielt dem vehement entgegen: «Ich ertrage viel, aber wenn ein gewählter Parlamentarier einen solchen Quatsch erzählt, dann habe ich Mühe.» Reichmuth wies darauf hin, dass diese Motion ganz normal behandelt werde und damit etwa hinter Hunderten von anderen Vorstössen in Bern anstehe. Wenn die Motion alle Hürden genommen habe, sei es 2023. «Alles andere ist eine Illusion.» Ender erklärte dazu, «wenn man keine Massnahmen mehr einhalten muss, dann braucht es fast keine Gelder mehr».

Im Publikum war das Misstrauen gegenüber den Behörden, den Ämtern, den Spitalleitungen und dem Staat spür-

bar. Man glaubt, allein die Wahrheit zu kennen. Dies war auch den Fragen aus dem Publikum abzulesen. Es gebe gar keine Beweise, die Spitäler hätten gelogen, die Tests seien unnütz, die Medien müsse man wegen «Schreckung und Hetze» strafrechtlich verfolgen, die Meinungsfreiheit sei tot, die Polizei übe Willkür aus.

Moderiert wurde das Gespräch durch Flurina Valsecchi, der neuen Chefredaktorin des «Boten der Urschweiz». In ihrem ersten öffentlichen Auftritt überzeugte sie mit einer sachlichen und bestimmten Gesprächsleitung.

Ausgenommen von einigen grenzwertigen Aussagen verlief der Abend ruhig und korrekt. Von den 60 Personen trugen nur ganz Vereinzelt eine Maske. Im Eingang zum MythenForum standen zwei Polizisten arbeitslos da. Eine Greiflergruppe machte sich vor dem Gebäude lautstark bemerkbar, betrat aber den Saal nicht.